

Die Meinung der Chapines

Nachdem zweieinhalb Jahre inzwischen ins Land gegangen sind, in denen die Partei *Frente Republicano Guatemalteco*, FRG, unter Präsident Alfonso Portillo Cabrera an der Macht ist, führte das private Meinungsforschungsinstitut *Vox Latina* vom 25. Juni bis 9. Juli dieses Jahres eine Umfrage hinsichtlich der Meinung der GuatemaltekenInnen zur Akzeptanz der aktuellen Regierungssituation durch. Insgesamt wurden 1.215 Personen in allen 22 Departements des Landes persönlich interviewt. Die Umfrage weist laut *Vox Latina* eine Glaubwürdigkeit von 95% auf. Weder das Ergebnis noch die Reaktion der politischen Köpfe auf die Beurteilung durch die befragten RepräsentantInnen des guatemalteckischen Volkes lassen verwundern. Im folgenden veröffentlichen wir die Version, die die Tageszeitung *Prensa Libre* publiziert hat.

Das Bild, dass die GuatemaltekenInnen von Präsident Alfonso Portillo haben, verändert sich nicht. 72,2% der Befragten beurteilen die Arbeit des Präsidenten als schlecht oder sehr schlecht, 22,9% als gut, 1,2% als sehr gut und 3,6% antwortete mit "weiss nicht" oder gab gar keine Antwort. Nach dieser Bewertung überrascht es nicht, dass 74,4% der Interviewten die Frage, ob sie insgesamt die Arbeit Portillos billigen, mit "nein" beantworteten.

Erstaunlicherweise steigt diese Ablehnung in den ländlichen Gebieten, in denen der Präsident bislang mehr Unterstützung erhalten hatte. Währenddessen geniesst dieser bei den Frauen, bei den über 30jährigen, den Personen ohne Schulbildung und den ArbeiterInnen mit einem Einkommen unter 1.000 Quetzales (ca. US\$ 140) im Monat, höhere Akzeptanz. Hinsichtlich des allgemeinen Vertrauens, das die GuatemaltekenInnen in ihr Staatsoberhaupt haben, ist laut Umfrage ein deutliches Absinken zu erkennen.

Aber auch Vizepräsident Juan Francisco Reyes López und Efraín Ríos Montt, Präsident des Kongresses, bleiben nicht auf der Strecke: sie übertreffen sogar den Präsidenten hinsichtlich der negativen Angaben, die die Interviewten dahingehend gaben, dass sie "gar nicht" in diese Funktionäre vertrauen. Diesbezüglich ist Ríos Montt mit 72,2% der "Gewinner". Auch bezüglich des Misstrauens in diese beiden Personen steigen die Angaben in den ländlichen Gebieten.

Es macht den Anschein, dass die GuatemaltekenInnen ein sehr genaues Bild von den guten und schlechten Seiten der aktuellen Regierung haben. In Bezug auf die Frage nach dem Besten scheuen sich mehr als die Hälfte der Befragten nicht, diese mit "nichts" zu beantworten. Dieser Meinung sind vor allem solche Personen, die mehr als 2.000 Quetzales (ca. US\$ 280) im Monat verdienen. Mit einem Punktwert von knapp 12% wird die Hilfe, die die BäuerInnen durch die Verteilung von Düngemitteln erhalten (haben), als beste Leistung der Verwaltung Portillos beurteilt. Logischerweise steigt der Anteil dieser Einschätzung auf dem Land, wo schliesslich diejenigen leben, die den Nutzen des gespendeten Düngers direkt geniessen können.

Mit 30,5% wird die Korruption als das Schlechteste der aktuellen Regierung FRG bewertet. In diesem Fall steigen die Angaben im "universitären Bevölkerungssektor", der den Diebstahl, die schlimmen Machenschaften und die Anomalien als Schlechtestes konkret benennen. Solche Einschätzungen

wurden deutlich weniger von Personen ohne Schulbildung abgegeben. Doch die Korruption wird vom guatemalteckischen Volk nicht nur als FRG-Übel par excellence wahrgenommen. Der Grossteil der Befragten ist zudem der Meinung, dass diese Geissel unter dem derzeitigen Präsidenten deutlich zugenommen habe.

Im Hinblick auf das Detail, welche Institution denn wohl die korrupteste sei, lieferten sich das Regierungsministerium und das Kommunikationsministerium ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Und genau die beiden Personen, die diesen Ressorts vorgestanden haben, werden von der befragten Bevölkerung als die mangelhaftesten Funktionäre gesehen: Byron Barrientos, ehemaliger Regierungsminister liegt mit 9,5% vor Ex-Kommunikationsminister Luis Rabbé mit 5,1%.

Weitere Probleme, denen sich die Regierung gegenüber sieht, sind diejenigen, die den "normalen" BürgerInnen direkt Sorgen machen. Neben der katastrophalen wirtschaftlichen Situation des Landes sind es vor allem die mangelnde öffentliche Sicherheit und die Arbeitslosigkeit, durch die sich der Grossteil der Interviewten noch vor den hohen Lebenshaltungskosten am stärksten betroffen fühlt.

Laut Einschätzungen der Interviewten hat sich zudem unter Portillo in Bezug auf die Situation der Gesundheitsversorgung, der Bildung und des Strassenbaus rein gar nichts getan. Währenddessen sei die Armut, die Gewalt und die Delinquenz deutlich angestiegen. Dies führt sicher dazu, dass mehr als die Hälfte der Befragten der Meinung ist, dass sich Guatemala im Regress befindet.

Und wer ist für diese Situation verantwortlich? Die GesprächspartnerInnen hatten keinen Zweifel hinsichtlich der Beantwortung dieser Frage.

Die von der Mehrheit gegebene Antwort zielt auf die FRG: Fast die Hälfte findet, dass die Regierung in ihrer Gesamtheit die Schuld trägt, 25,8% beschuldigen Alfonso Portillo direkt.

Ein hässliches Panorama, welches die Umfrage von *Vox Latina* präsentiert.

Eine Frage des Vertrauens

Das Misstrauen des Grossteils der GuatemaltekenInnen in die Entscheidungen der Regierung von Portillo spiegelt sich deutlich in dieser Umfrage. Einige Aktionen wer-

den sogar für "Vorhänge aus Rauch" (Ablenkungsmanöver) gehalten.

Ein Beispiel dafür ist die Ansicht über die Art und Weise, wie die Regierung mit den territorialen Unstimmigkeiten mit Belice umgegangen ist. Obwohl der Präsident konkrete Fortschritte hinsichtlich der Lösung des Problems verkündet hat, glaubt ihm das Volk nicht. Ein Grossteil ist sogar eher der Meinung, dass der oberste Mandatsträger lediglich versucht, die Menschen abzulenken.

In dem selben Masse hält die Bevölkerung die von der Regierung stammende Forderung nach der Festnahme von Ex-Präsident Jorge Serrano Elías für heisse Luft, dem sie Priorität einräumt, anstatt gegen die Korruption vorzugehen.

Das Misstrauen lässt sich verallgemeinern. Der Plan zur Reaktivierung der Wirtschaft, der ebenfalls von der Regierung vorangetrieben worden war und der die Konzessionierung der Häfen und Flughäfen mit einschliesst, erweckt genauso Zweifel in den GuatemaltekenInnen. Diese vertrauen nicht in eine angemessene Gewährleistung der entsprechenden Dienste durch die Regierung.

Ebenso sind die Intentionen der FRG bezüglich der Reformierung des Wahlgesetzes Quellen für die Zweifel der potentiellen WählerInnen. Mehr als 85% verurteilten die angekündigte Absicht als unrecht. Hier sind es wieder die Personen, die mehr als 2,000 Quetzales im Monat verdienen, die diese Ansicht vertreten.

In ihrer Mehrheit beurteilte die Bevölkerung die Deponierung von Millionen in den Banken Metropolitano und Promotor von Francisco Alvarado Macdonald, Freund und Financier von Präsident Portillo, als Verbrechen, die zahlreiche Regierungseinrichtungen getätigt hatten, obwohl sie wussten, dass die Banken bald zusammenbrechen würden.

Der Glaube an das Gute

Die Reaktion der besagten Oberen auf die Veröffentlichung der Umfrageergebnisse liess nicht lange auf sich warten. Sowohl Präsident Portillo als auch Vizepräsident Reyes Lopez machten keinen Hehl aus ihrer Ablehnung. "Was kümmern mich Umfragen? Sollen doch die sich darüber den Kopf zerbrechen, die Präsident werden wollen", so das guatemaltekeische Staatsoberhaupt. Der Mandatsträger stellte die Glaubwürdigkeit des Meinungsbildes in Frage, als er wissen wollte, wo dieses denn erstellt worden sei, denn im Inneren des Landes sei die Bevölkerung seines Wissens nach zufrieden mit seinem Tun. "(...) die Campesin@s sind zufrieden mit ihrem Dünger, dem verbesserten Saatgut, dem

Schulfrühstück und den Strassen," fügte er hinzu.

Vize Reyes Lopez beschränkte sich auf den Kommentar, dass er den Umfragen nie Glauben schenke, diese könne man schliesslich manipulieren.

Während Portillo und Reyes Lopez ihre Unzufriedenheit mit den Umfrageergebnissen äusserten, sind sowohl Abgeordnete der Opposition als auch PolitanalystInnen der Ansicht, dass die Meinungserfragung sehr wohl das Denken der Bevölkerung widerspiegeln.

"Es herrscht Unzufriedenheit bezüglich der Amtsführung der Regierung des Präsidenten und jeglichem Mitglied jener Verwaltung, denn man hatte wegen der Angebote und Versprechen, die Portillo während seiner Wahlkampagne machte, etwas anderes erwartet", so Marco Antonio Barahona, Politanalyst der Vereinigung für Sozialforschung und -Studien, ASIES.

Und nun?

Ausserdem erwarten viele Menschen eine politische Erneuerung und wollen nicht dieselben Gesichter wie immer sehen müssen.

Demgegenüber ist der unabhängige Analyst Pablo Rodas Martini jedoch der Meinung, dass ein neuer Kandidat keine Chance hätte zu gewinnen, "denn er muss das Bild von sich vor der Bevölkerung absichern".

Dafür spricht der hohe Anteil an erhaltenen Stimmen durch Oscar Berger, Vorkandidat der Partei PAN, ehemaliger Bürgermeister der Hauptstadt und auch der von Alvaro Colom von der Nationalen Einheit der Hoffnung, UNE, die beide bereits an einem Präsidentschaftswahlkampf teilgenommen haben.

In der selben Umfrage wurden nämlich den Interviewten vierzehn Präsidentschaftskandidaten präsentiert. In Bezug auf diese wurde nach dem jeweiligen Bekanntheitsgrad, ihrer Beliebtheit und ihrer Chance, gewählt zu werden gefragt.

Die AnalystInnen stimmen in dem Punkt überein, dass die Tendenz der Bevölkerung, eine ganz neue Option zu suchen, in dem Masse aufkommt, in dem Unzufriedenheit mit der jeweiligen Regierungspartei herrsche.

Die durch die Umfrage erhaltenen Daten lassen keinen Zweifel aufkommen, dass die Bevölkerung in der PAN die einzige Partei sieht, die der FRG die Stirn bieten kann. "Das Kriterium der Ehrhaftigkeit und Ehrlichkeit ist das meistgefordertste unter den Befragten. Möglicherweise lässt sich dies durch die Erfahrung mit dem derzeitigen Mandatsträger begründen," so Rodas Martini.

Dennoch, so Leonel López Rodas, Generalsekretär und Abgeordneter der PAN, arbeitet diese weiterhin daran, die

nächsten Wahlen zu gewinnen, auch wenn die Meinungsumfrage sie bereits favorisiert.

Nun, zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Waage der Akzeptanz durch die GuatemaltekenInnen geneigt zeigt, liegt es an den dadurch begünstigten Parteien, angemessene Regierungspläne vorzulegen, die laut der AnalystInnen, vor allem wahre sein sollten.

Andere PolitikerInnen stimmen darin überein, dass die Bevölkerung eine andere Antwort erwartet, als die von der FRG gebotene, "denn nichts von dem, was er (Portillo) in seiner Kampagne versprochen hat, hat er erfüllt."

Dennoch ist Portillo mit seinen Gefolgsleuten ja noch nicht am Ende seiner Laufbahn als Staatsoberhaupt, wobei ihm derzeit laut Umfrageergebnisse kaum eine Chance für eine Wiederwahl seiner Partei eingeräumt wird. Es bleibt abzuwarten, was sich bis Anfang 2003, dem Wahljahr möglicherweise noch tut, und vor allem, wie sich die guatemaltekeische Bevölkerung letztendlich entscheiden wird.

Otoniel Fernández, Abgeordneter der UNE, vertritt den Standpunkt, dass solche Umfragen wie die vorliegende, regelmässig durchgeführt werden müssten, um über das Denken der guatemaltekeischen Bevölkerung auf dem Laufenden zu bleiben.

Im derzeitigen Moment lässt die Teilnahme bzw. das entsprechende Interesse jedenfalls wohl eher zu wünschen übrig. Mehr als dreiviertel der Befragten glauben, dass nur wenige MitbürgerInnen im nächsten Jahr ihr Wahlrecht in Anspruch nehmen werden.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehn-

täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Erneut Überfall auf Menschenrechtsorganisationen

Guatemala, 25. Juli. In den Morgenstunden des 21. Juli wurden die Büros von fünf sozialen Organisationen überfallen, die sich alle im selben Gebäude befinden. Es handelt sich um die Büros der *Nationalen Menschenrechtskommission* (CONDADEHGUA), der *Multi-institutionellen Instanz für Frieden und Eintracht*, des *Internationalen Zentrums für Menschenrechtsuntersuchungen* (CIIDH), sowie der Koordination für internationalen Begleitschutz und um das Büro für Begleitschutz der österreichischen Solidarität.

Unbekannte kamen über den Parkplatz in das Haus, brachen die Haus- sowie sämtliche Bürotüren auf und durchsuchten Aktenschränke und Schreibtische. Zum Schluss nahmen sie die ganze Informatik- und Telekommuni-

kationsausrüstung mit und hinterliesen auf einem Schreibtisch die Fotos von den DirektorInnen von zwei der im Haus arbeitenden Organisationen sowie ein Dokument, das CONADEHGUA über die Rolle der PAC in Guatemala erarbeitet hatte.

Während des Überfalls hielt sich eine internationale Begleiterin schlafend im Haus auf. Sie bekam von der ganzen Sache nichts mit, woraus geschlossen wird, dass sie möglicherweise mit Gas betäubt wurde.

Im ganzen Haus waren die Abdrücke von Militärtiefeln zu finden. Laut der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) gleicht der Überfall denjenigen, die in den letzten Monaten auf andere Organisationen ausgeführt wurden und die als 'gewöhnliche' Raubüberfälle getarnt

wurden und für deren Ausführung oft auch 'gewöhnliche' Verbrecher angeheuert wurden.

Der Überfall fand im Vorfeld der Ankunft von MenschenrechtsaktivistInnen aus über 25 Ländern statt, die zu dem vom 23.- 26. Juli durchgeführten II lateinamerikanischen und karibischen Menschenrechtskongress kamen. Zu diesem Anlass reiste auch eine Delegation der interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) an, einer Institution der *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS), die im Vorfeld des Kongresses einen offiziellen Besuch zur Untersuchung der Menschenrechtssituation in Guatemala durchführen wird. Dazu trifft sie sich mit VertreterInnen der Regierung, des Justizwesens und der Menschenrechtsorganisationen.

Massaker an Strassen "kindern"

Guatemala, 23. Juli. Drei Jugendliche, die in Guatemala Stadt auf der Strasse leben, starben, drei weitere wurden schwer verletzt, als unbekannte Männer mit Maschinengewehren auf die schlafenden Jugendlichen schossen.

Die Jugendlichen waren dem Kinderhilfswerk *Casa Alianza* bekannt. Diese Organisation hat sich denn auch sofort um die Verletzten und Toten gekümmert, begleitet ihre Angehörige und hat in deren Namen bereits eine Klage bei der Staatsanwaltschaft eingereicht.

Ein Mitarbeiter von *Casa Alianza* erklärte, dass dies bereits der zweite Überfall auf Strassenkinder innerhalb von zwanzig Tagen ist und dass sich die

beiden Vorfälle ähnlich sind. Er bezeichnete die Ermordungen als 'soziale Säuberung' und wies darauf hin, dass solche immer dann stattfinden, wenn es darum geht, die herrschende Misere zu vertuschen und ein Bild von "Ruhe und Ordnung" zu vermitteln. In diesem Fall steht der Besuch von Papst Juan Pablo II in Guatemala an.

Derweil hat das Verfassungsgericht eine Resolution veröffentlicht, mit der sie endlich die Inkrafttretung des Kinderschutzgesetzes verlangt. Dieses wurde vom Kongress bereits im Jahr 1996 verabschiedet, seine Umsetzung jedoch aufgrund diverser Kontroversen immer wieder verschoben und schliesslich mit

dem Regierungsdekret 4-2000 auf unbestimmt suspendiert. Laut dem Kongressabgeordneten Leonel Soto Arango hofft man, dass das Gesetz im Jahr 2003 in Kraft ist. Das grosse Problem sei, dass es für dessen Umsetzung Geld brauche und dieses sei nicht vorhanden, bedauerte Soto Arango.

Seit Mai dieses Jahres läuft die Aufklärungskampagne "Nenn mich nicht Strassenkind", des *Forum zum Schutz der Kinder und Jugendlichen auf der Strasse*. Mit Spots in Radio und Fernsehen, Inseraten in den Zeitungen, Workshops und öffentlichen Aktionen soll die Bevölkerung für das Problem sensibilisiert werden.

Ultimatum der BäuerInnen abgelaufen

Guatemala, 25. Juli. Am vergangenen 10. Mai haben die BäuerInnenorganisationen der Regierung ein Ultimatum von 75 Tagen gestellt, um einen konkreten Vorschlag zur Lösung des Landproblems und der Fincabesetzungen vorzulegen. Am 27. Juni präsentierten Finanzminister Weymann und der Sekretär für Agrarfragen, Pedro Palma Lau, einen sogenannten "Notplan", der von den BäuerInnenorganisationen als "völlig aus der Luft gegriffen" verurteilt wurde. Dieser "Notplan" sieht einige kurzfristige Massnahmen vor, wie den Kauf und die Übergabe von Land, wobei diese Massnahmen auf drei Regionen beschränkt werden sollen: die Verapaces, Izabal und die Kaffeeanbaugebiete. Weder woher das Geld kommen soll, mit dem das Land gekauft werden soll,

noch einen Zeitplan für die Umsetzung dieses "Notplans" wurden vorgelegt. Laut Daniel Pascual von der *Nationalen Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOC), ist das Vorlegen eines solchen Plans ein weiteres Zeichen politischen Unwillens seitens der Regierung. Und - das Ultimatum werde aufrechterhalten.

Nicht nur die BäuerInnen gegenüber der Regierung, sondern auch die *Handelskammer für Landwirtschaft* (CONAGRO) gegenüber den BäuerInnen sind mit ihrer Geduld am Ende. Mitte Juni reichte CONAGRO bei der Staatsanwaltschaft Klage gegen sechs Persönlichkeiten der BäuerInnenorganisationen ein, wegen "Anstiftung zu Landbesetzungen". Die Angeklagten sind: Daniel Pascual, Juan Tiney, Gilerto Atz, Pedro

Esquina, Rafael Gonzáles und Rosario Pu. Die BäuerInnenorganisationen bezeichneten die Klage als Teil einer Repressionskampagne gegen ihre Bewegung und erklärte sich in permanenter Versammlung.

Zwei Tage vor Ablauf des Ultimatums gaben die BäuerInnen nochmals ihre Bedingungen durch: Umfassende und langfristige Lösung des Agrarproblems, Erhöhung der Kredite für den Kauf von Fincas, keine Räumungen mehr solange Verhandlungen stattfinden und Rückzug der Klage gegen ihre FührerInnen. Sei dies bis zum 27. nicht erfüllt, würden sie erneut Aktionen und Besetzungen durchführen. Aus Pietätsgründen würden sie aber mit der Umsetzung ihrer angedrohten Aktionen bis nach dem Papstbesuch warten...

Negatives Urteil dem Justizsystem

Guatemala, 14. Juli. Anstatt den Internationalen Tag der Justiz zu feiern, sieht sich der Rechtsorganismus in Guatemala mit grossen Sorgen konfrontiert. Neben konstanten Angriffen auf Justizangestellte besteht ein genereller Mangel an Respekt gegenüber der Erfüllung des Gesetzes. Zu den Angriffen zählen u. a. die Geiselnahme eines Richters, der Lynchmord an einem Friedensrichter im letzten Jahr und jetzt das Fehlen von ökonomischen Ressourcen im Justizorganismus, was die Krise der Rechtsverwaltung derzeit lediglich verschärft.

Allein in den letzten Wochen kam es zu dramatischen Übergriffen auf RichterInnen: In Nebaj, Quiché, wurde die Richterin Griselda Yoc von einer Menschenmenge aus ihrer Kanzlei mit Gewalt herausgefordert und gezwungen, die rechtliche Situation eines Gefangenen zu erklären. In der Hauptstadt wurde der Richter Javier Alegría für drei Stunden als Geisel genommen und schliesslich, am Kopf verletzt, in Antigua Guatemala wieder freigelassen. Erst in dieser Woche wurde auf die Kanzlei der Richterin Flor de María García Villatoro geschossen. Das Büro befindet sich im 15. Stockwerk des Turms der Tribunale. Bislang ist der Fall noch nicht geklärt, der Schuss muss jedoch aus einer Entfernung von 300 bis 400 Meter aus der Richtung des Stadtzentrums abgegeben worden sein, bevor er durch Fenster und Rolläden schliesslich in der Wand hinter dem Schreibtisch der Richterin eindrang. García Villatoro ist mit dem Fall Gerardi betraut, der Angriff auf ihre Kanzlei wird zudem jedoch als Angriff auf den Richterstand an sich verstanden.

Die Tageszeitung *Prensa Libre* veröffentlichte in diesen Tagen ein Interview mit José Quesada, dem Ersten Richter des Obersten Gerichtshofs, CSJ, der im Folgenden die Gründe für die Verschlechterung der Justizanwendung im Land des ewigen Frühlings erörtert.

Ist es derzeit schwierig, in Guatemala Gerechtigkeit zu gewähren?

Die Rechtsverwaltung ist besonders kompliziert, da sie sich sowohl mit wirtschaftlichen, plurikulturellen, topographischen als auch Situationen der wirtschaftlichen Entwicklung konfrontiert sieht. Ausserdem existiert einfach keine Kultur der Befolgung und des Respekts weder des Gesetzes noch der Behörden. Dies ist Folge von 36 Jahren des Konflikts, in dem wir als GuatemalteInnen sehr viele Werte verloren haben, darin eingeschlossen den Respekt vor der Integrität der RichterInnen; die-

se müssen der Schwierigkeit der Anwendung des Gesetzes die Stirn bieten. Je unabhängiger ein RichterIn oder eine Judikative ist, desto eher besteht die Gefahr, angegriffen zu werden. Es ist einfacher, RichterIn in einem anderen Land zu sein, als in Guatemala.

Was macht das Höchste Gericht, um diese Situation zu verbessern?

Wir sind hartnäckig dabei, die RichterInnen und AssistentInnen in der Rechtsverwaltung weiterzubilden und die Korruption auszurotten bzw. wenigstens ihr Niveau zu vermindern. Es gibt noch eine Menge an zusätzlichen Dingen, die wir benötigen: einen angemessenen Haushalt und parallele Kampagnen, damit die BürgerInnen das Gesetz respektieren.

Welche Erwartungen oder Hoffnungen kann die Bevölkerung also haben?

Es gibt Verzögerungen, und jene, die diese verursachen, sind vor allem die prozessführenden Anwälte. Eine Möglichkeit, dies aufzulösen, wären legislative Veränderungen, oder dass wir festlegen, dass die möglichen Zufluchten, die weder verdient noch gerechtfertigt sind, sofort zurückgewiesen werden, weil diese eventuell solche Verzögerungen zur Folge haben.

Hier muss auch vom Staat die Rede sein, der straffälliges Verhalten öffentlich erlaubt.

Welches zum Beispiel?

Die Problematik der Ex-PAC und das Eindringen in Fincas. Ich glaube, dass der Staat in anderer Form damit umgehen müsste. Man hat politische Entscheidungen gefällt in Fällen, wo das Gesetz hätte angewendet werden müssen.

Die Mittel, die genutzt werden,

können wir in keinsten Weise umstossen, erst recht nicht, wenn Drohungen bestehen, die verbieten, Gerechtigkeit zu üben oder Richter zu beauftragen. Ich bin total dagegen, dass man positiv auf Straftaten reagiert; dass bedeutet mit der sozialen Unordnung weiterzumachen, die wir gehabt haben.

Und die wirtschaftliche Seite, verschlechtert sich die Situation?

Wir sind in der Krise. Noch sind wir nicht kollabiert, aber es gibt einen Abbau von RichterInnen. Wir sind dabei, Projekte zu kürzen, wie die Modernisierung des Tribunalgebäudes, die Ernennung neuer FriedensrichterInnen oder RichterInnen in hohen Funktionen sowie die Fort- und Weiterbildung.

Es besteht eine Kluft zwischen den von der Legislative verabschiedeten Gesetzen und dem Haushalt. Auf der einen Seite verabschieden sie neue Gesetze, aber wir können die RichterInnen nicht weiterbilden, damit sie von diesen Kenntnis haben. Dafür braucht es ebenfalls ökonomische Ressourcen.

Für das nächste Jahr wurden 1 Millionen Quetzales verlangt, das sind fast zweieinhalb Mal mehr als sie uns in diesem Jahr gegeben haben. Doch es ist unbedingt nötig, sonst wird das Justizsystem unvermeidbar zum Erliegen gebracht.

Gibt es denn dann noch Gründe, den Tag der Justiz feierlich zu begehen?

Der Tag der Justiz sollte uns dazu dienen, die Stimmen für den Anstoss in Hinblick auf einen Wechsel der Justizmacht zu erneuern. Ich habe immer gehört, dass die Aufgabe der Rechtsprechung ein besondere Art des Priesteramtes sei, Ehrenhaftigkeit und Fähigkeit sind die wichtigsten Gelübde. Dieser Tag sollte uns zum Nachdenken anregen.

Rigoberta bleibt dran

Guatemala, 15. Juli. Die RichterInnen des Obersten Spanischen Gerichtshofs haben darüber zu entscheiden, ob der von Rigoberta Menchú initiierte Prozess gegen Ex-General Ríos Montt und weitere Funktionäre seiner damaligen Regierung nicht doch in Spanien geführt werden kann. Rigoberta reichte vor dem Kassationsgericht einen Rekurs ein gegen den im Dezember 2001 gefällten Entscheid, dass die spanische Justiz für diesen Fall nicht zuständig sei. Nun hatte Menchú, ihre AnwältInnen und die Zeuginnen der unter Ríos Montt durchgeführten Verbrechen und Massaker noch-

mals Gelegenheit, der spanischen Justiz den Fall darzulegen - ein entsprechender Entscheid ist im September zu erwarten. Immerhin gab der oberste Richter in seiner kurzen Schlussrede zu, dass in Guatemala tatsächlich ein Völkermord stattgefunden habe und dieser bestraft werden müsse.

Menchú gibt sich zuversichtlich, nicht zuletzt auch, weil vor einigen Wochen in Argentinien endlich der Prozess gegen den Ex-Militär Leopoldo Galtieri begonnen hat, der dem Verschwindenlassen politischer Oppositioneller angeklagt wird.

Gehen oder gegangen werden ...

Guatemala, 17. Juli. Innerhalb von neun Tagen kam es zu insgesamt elf Amtswechseln auf den höheren Etagen der Regierung. Auch wenn sie teilweise auf denselben Tag fielen, hatte Portillo wohl jeweils unterschiedliche Gründe.

Luis Mijangos, Generalsekretär des Präsidenten, verkündete schliesslich den personellen Austausch im Wirtschaftsministerium, im *Nationalfond für den Frieden*, FONAPAZ und in der Departementverwaltung von Izabal. Schon seit einer Woche kursierten Gerüchte über eine mögliche Kündigung des Wirtschaftsministers Arturo Montenegro. Die Unzufriedenheit des Präsidenten mit diesem Funktionär lässt sich wohl unter anderem auf die Tatsache zurückführen, dass sich Montenegro mal eben seine Bezüge um US\$ 6 Tausend erhöht hatte, um seine Reisen zu finanzieren. Zum anderen habe er wohl wichtige Ämter in seinem Ministerium mit Personen aus den Führungsetagen der Unternehmen besetzt, was nicht dem Wunsch Portillos entsprach. Auch seine bislang guten Karten beim Staatsoberhaupt konnten diesen Fauxpas nicht ausmerzen. Mit grossen Plänen steigt nun Patricia Ramírez in die Fussstapfen Montenegros. Sie ist bislang als Registratorin in der Abteilung Wert- und Warenmarkt des Wirtschaftsministeriums tätig gewesen. Eines ihrer Steckenpferde wird nach eigenen Angaben die Unterzeichnung des Freihandelsvertrags mit Kanada und den USA sein.

Daneben wurde Mario Leonel Montenegro Pineda als neuer Direktor von FONAPAZ ernannt, der damit Rodrigo Arias in seinem Amt ablöst. Diesem wird vorgeworfen, dem Finanzminister Weymann widersprochen und versichert zu haben, dass dieser ihm aufgetragen habe, die Berichte der Finanzverwaltung manipuliert zu haben, um nicht gegen die unterschriebenen Bedingungen des IWF zu verstossen. Einer sitzt wohl immer am längeren Hebel... Jetzt wird sich Montenegro Pineda um die Belange einer nicht ganz so wichtigen Abteilung von FONAPAZ kümmern.

Der dritte Abschied gilt Patricia Quinto, Gouverneurin in Izabal. Unter den Gründen für diese Aktion finden sich die Vorwürfe, sich mit zwei Militärkommandanten der Region getroffen zu haben und die BürgermeisterInnen des Departements unter Druck gesetzt zu haben, damit diese sich nicht gegen die Erdölförderung im See Izabal stellen. Die Nachfolgerin Quintos heisst María del Carmen Fajardo.

Die Bewegungen in der Regierung begannen am 8. Juli mit der überraschen-

den Ankündigung, dass Innenminister Arévalo Lacs und mit ihm sein Vize Carlos Velásquez ihre Ämter verlassen (siehe ¡fijáte! 264). Am selben Tag wurde bekannt gegeben, dass auch Julio Girón vom Amt des Vorstandspräsidenten des Hafenunternehmens Puerto Quetzal zurücktrete. Der Name Giróns, Privatsekretär des Präsidenten, tauchte unter anderem im Zusammenhang mit den von den guatemaltekischen Machthabern in Panama eröffneten Konten und Firmen auf. Eine Begründung für seinen Entschluss, zu gehen, enthält sich Girón, ebenso eines Kommentars zu den Korruptionsvorwürfen gegen ihn und sein Hafenunternehmen. Mit ihm gehen auch der Geschäftsführer und dessen Stellvertreter der Firma Puerto Quetzal, was von den Arbeitenden und Gewerkschaften erfolglos zu verhindern versucht wurde. Aus diesen Reihen wurden die Vermutungen laut, dass die letztgenannten entlassen worden sind, um das ganze Unternehmen von "Nicht-FRGs" zu säubern.

Weitere Kündigungen bzw. Entlassungen wurden ohne nähere Begründungen bekannt gegeben:

So gehen der Geschäftsführer und auch dessen Vertreter des *Guatemaltekischen Sozialversicherungsinstitut* IGSS und in der Zollverwaltung gibt es ebenfalls Veränderungen.

Auch wenn Portillo nach diesen Wechseln der Meinung war, dass es nun genug sei, "da man ja nicht alle auswechseln könne", tauchten während der Verteidigung der neuen Wirtschaftsministerin die Nachrichten von der Kündigung des Vizeministers der Abteilung für Investition und Wettbewerb, des Geschäftsführers des Wirtschaftsministeriums, Guillermo Paiz, sowie des Beraters des bisherigen Ministers dieses Ressorts, Oberst Byron Noé Estrada auf. Auch Guillermo Monroy, Direktor des Nationalprogramms der Wettbewerbsfähigkeit, *Pronacom*, verlässt seinen Posten.

PolitanalystInnen sind der Meinung, dass die Veränderungen in den hohen Regierungsämtern ein deutliches Zeichen der verbreiteten Korruption und der Improvisation der Nominierungen und vor allem diverser administrativer Irrtümer sei.

Edmundo Urrutia, Analyst von sozialen Forschungsinstitut ASIES meint dazu: "Von Anfang an gaben PolitanalystInnen und PressekolunistInnen zu bedenken, dass es in der Koalition der FRG Personen gibt, die in organisierte Verbrechen und verbotene Geschäftsnetze verstrickt sind. Nun spiegelt sich das

wider und ergibt eine Krise der Exekutive, was ich für ein Phänomen ohne Vergleich halte. Die getätigten Ministerwechsel zeigen deutlich auf, dass sich die Regierung in einer grossen Krise befindet."

Manolo Vela, Analyst von *Flacso* hebt einen anderen Aspekt hervor: "Die übereilte Suche nach Personen, die wichtige Ämter übernehmen sollen, ist ein Phänomen, welches die derzeitige Regierung inzwischen charakterisiert. Ein Hauptgrund dafür ist das Nichtvorhandensein starker Parteien."

Wenige Tage später gab auch Karen Fischer, Staatsanwältin und Leiterin der *Abteilung gegen Korruption* bekannt, dass sie drauf und dran sei, das Handtuch zu schmeissen. Sie begründete diesen Schritt damit, dass sie frustriert sei und keinerlei Erfolg bzw. weitergehende Konsequenzen ihrer Arbeit sähe. Während die Kündigung ihres Kollegen Miguel Angel Bermejo, mit dem sie gemeinsam das Verschwinden von Millionen von Quetzales im Regierungsministeriums untersucht hatte, und der als Gründe gewisse Auseinandersetzungen mit dem Rechnungsprüfungshof angab, gleich akzeptiert worden war, lehnte Oberstaatsanwalt Carlos de León die Kündigung Fischers nach "gründlicher Prüfung" ab mit den Worten: "Fischer wird sich mässigen müssen, die Unabhängigkeit der Justiz respektieren und vorsichtiger mit den Informationen über die Fälle umgehen. Ihre Arbeit ist sehr wichtig, denn es gibt hier viel zu tun und sie möchte arbeiten, natürlich unter bestimmten Normen. Wir haben schon darüber gesprochen, dass man respektvoll mit der Unabhängigkeit der Organismen und der Teilung von Macht umgehen muss, und dass jedeR seine/ihre Arbeit zu tun habe." Wie gut, dass der Chef weiss, was für seine Untergebene gut ist.

Fischer hatte ihre Kündigung eingereicht, nachdem der Richter Luis Alfredo Morales des elften Gerichtsbezirks der Ersten Strafinstanz bekannt gegeben hatte, dass er sich entschieden habe, gegen den Abgeordneten der FRG und Ex-Regierungsminister Byron Barrientos keine Untersuchungshaft zu erlassen sondern die Kaution zu erhöhen. Fischer hatte gerade diesem Funktionär nachgewiesen, in die finanziellen Anomalien seines ehemaligen Ressorts involviert zu sein.

De León dagegen meinte, er respektiere die Entscheidung des Richters. "Ausserdem ist das Urteil nicht das Ende, sondern der Anfang des Prozesses".

Die Mafia im Flughafen

Guatemala, 18. Juli. Die Staatsanwaltschaft ermittelt derzeit gegen ein Korruptionsnetz im Internationalen Flughafen *La Aurora*, in das, laut Staatsanwältin Karen Fischer, zahlreiche Angestellte staatlicher Abteilungen involviert sind.

"Sie sind an Schmuggel und Geldwäsche beteiligt, die aus dem Drogenhandel resultieren," so die Leiterin der *Abteilung gegen Korruption*. Der Ex-Regierungsminister Eduardo Arévalo Lacs, der (unmittelbar nach seinem Rücktritt) eine entsprechende Anklage eingereicht hatte, habe laut Fischer nichts damit zu tun. "Im Gegenteil, er ist bereit, uns zu helfen".

Zu den mutmasslichen Beteiligten gehören Angestellte der Superintendenz der Steuerverwaltung SAT, Migrationsbeauftragte, sowie Beschäftigte der Flughafensicherheit und der Zivilen Luftfahrt. Ausserdem werden im Flughafen stationierte AgentInnen der Abteilung für Antidrogenoperationen, DOAN, des Kriminaluntersuchungsdienstes SIC und der Zivilen Nationalpolizei PNC verdächtigt, ihre Finger mit im Spiel zu haben.

"Sie sind nachts tätig, vor allem, wenn Flüge aus Kolumbien oder Panama ankommen. Es liegen uns bereits Beweise vor, wir sind jedoch noch in der Untersuchungsphase. Aber dreissig Personen sind mindestens in den Fall verwickelt," versicherte Fischer, nachdem sie mit verschiedenen Funktionären gesprochen hatte.

Gold und Silber sind die Handelsware, die für die Transaktionen nach Guatemala eingeführt werden. Die Staatsanwältin gegen die Korruption hält die Identifikation der Personen, die auf von Arévalo Lacs eingereichten Videobändern mit verdächtigen Aufnahmen aus der Migrationsabteilung des Flughafens auftauchen, für das wichtigste Ergebnis der Ermittlungen.

Neben eindeutigen Widersprüchen zwischen den von Fischer befragten Funktionären, die ihre Angestellten auf den vorgeführten Videobändern zu identifizieren hatten, erlauben deren weitere Kommentare lediglich ein Kopfschütteln. An Kommissar Leonel Sánchez, Chef des SIC wurde bloss eine Frage gestellt: "Sie fragten mich, ob es Leute des SIC im Flughafen gäbe; ich sagte 'nein'", so der Kriminalagent.

Nachdem der Leiter des DOAN acht seiner Leute auf dem Bildschirm erkannt hatte, versicherte er vor der

Presse, dass sein Personal das Richtige getan habe und beschreibt den in solchen Fällen üblichen Prozess: "Es wird ein Koffer mit Gold und Silber identifiziert. Das Team des DOAN begleitet das Gepäck ab seiner Identifikation und untersucht es. In diesem Fall wurde festgestellt, dass es keine Drogen enthielt, und dann folgte das übliche Vorgehen der SAT." Auch Manuel Abundio Maldonado, Buchführer der Zivilen Luftfahrt, fand eine

schlagende Argumentation: "Das Sicherheitspersonal des Flughafens ist operativ und nicht investigativ. Diejenigen, die die Koffer überprüfen, sind die Leute von der SAT. Wir finden nicht ein Indiz der Verstrickung des Sicherheitspersonals in diesen Fall."

Staatsanwältin Fischer will die Beschlagnahmung der besagten Koffer als Beweismaterial beantragen. Derweil stehen diese noch im Lager des Zollamts.

USA unterstützt Mafiabekämpfung

Guatemala, 20. Juli. "Ein neuer Wind weht in Puerto Quetzal", erklärte der interim waltende US-amerikanische Botschafter, Stephen McFarland und bezog sich damit auf den Rücktritt von Julio Girón aus dessen Vorstand. Dies motivierte ihn zu einem Treffen mit dem Innenminister und dem Direktor der Migrationsbehörde, bei dem über eine bessere Kontrolle der ein- und ausgeführten Handelware und einer effizienteren Beschlagnahmung geschmuggelter Drogen diskutiert wurde. Als Folge dieses Treffens wurde eine entsprechende Kommission gegründet, zusammengesetzt aus Mitgliedern der verschiedenen, sich offenbar "konkurrierenden" Sicherheitskräfte (Polizei, Mi-

grationsbehörde, Drogenpolizei, etc.). Technisch und beratend steht dieser Kommission die US-amerikanische Botschaft bei.

Ebenfalls mit US-amerikanischer Unterstützung soll Guatemala in Kürze über ein Speziallabor zur Durchführung von DNA-Analysen verfügen. 500 Tausend US\$ lassen sich die USA diese neue Gelegenheit, "im Namen von Demokratie und Menschenrechten internationales Verbrechen zu bekämpfen", kosten.

Weitere 150 Tausend US\$ wurden der Staatsanwaltschaft versprochen, für die Einrichtung von Programmen zur Bekämpfung von Drogenhandel, organisiertem Verbrechen und Korruption.

Keine Migrationspolizei!

Guatemala, 18. Juli. "Die Schaffung einer nationalen Migrationspolizei, die den guatemalteckischen und zentralamerikanischen "Migrationsfluss" Richtung Norden kontrollieren soll, ist eine weitere Strategie der USA im Rahmen ihrer Terrorismusbekämpfung und insofern eine Menschenrechtsverletzung". Diese Meinung vertritt Pfarrer Mauro Verzeletti, Direktor der Diözese für menschliche Mobilität der guatemalteckischen Bischofskonferenz und reagiert damit auf eine Ankündigung des Innenministeriums, eine Spezialpolizei für die Bekämpfung der "illegalen" Migration zu schaffen.

Viel wichtiger scheint Verzeletti die Gründung einer Instanz, die an den Grenzen Tecún Umán und El Carmen die häufig durch Angehörige der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) begangenen Menschenrechtsverletzungen verhindert, bzw. aufklärt. Die Menschenrechtsabteilung des *Haus des Migranten* in Tecún Umán erhält täglich Anzeigen über Autoritätsmissbrauch sei-

tens der Migrationsbehörde und der Polizei bei Deportationen. Häufig werden auch Polizeikontrollen auf den Strassen zur Grenze durchgeführt, und die Leuten müssen Schmiergelder bezahlen, damit sie überhaupt bis zur Grenze durchgelassen werden.

Die Leute emigrieren in den Norden auf der Suche nach alternativen Lebensinkommen, meinte Pfarrer Vertilezzi, anstatt mit Repression gegen sie vorzugehen würden die Regierungen besser daran tun, die wirtschaftliche Lage in den Herkunftsländern zu verbessern, damit die Leute Arbeit hätten und ein würdevolles Leben führen könnten.

MigrantInnenorganisationen berichten, dass täglich rund 350 Personen aus Mexiko deportiert werden und oft ohne Geld und in schlechten gesundheitlichen Konditionen im guatemalteckischen Grenzort El Carmen hängen bleiben. Rund ein Viertel dieser Personen seinen GuatemaltekenInnen, der Rest komme hauptsächlich aus El Salvador und Nicaragua.